

Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“
jeden Werktag nachmittags.

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Braunsstraße 17
Fernsprecher 8902
Sprechstunde täglich von 4.12—1/2 Uhr.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 8407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 158 Preis: 20 Pfg. Halle, Donnerstag, den 8. Juli 1920 4. Jahrgang

Um die Entwaffnung.

WTB. London, 7. Juli. Renter. Die Wälder gehen im allgemeinen ihre Zustimmung zu der von Lloyd George gegenüber den deutschen Vertretern in Spa eingenommenen Haltung aus. Der gestrige Tag, heißt es in einem Blatte, sollte den Deutschen zeigen, daß die Alliierten den Deutschen jede vernünftige Freiheit bei der Diskussion über die Methode der Auslieferung des Besatzes gewähren wollen, daß sie aber nicht in der Stimmung sind, mit sich spielen zu lassen.

Der dritte Tag.

Spa, 7. Juli. In der heutigen dritten Sitzung der Konferenz schilderte Reichsminister Dr. Simons zunächst die Schwierigkeiten, die für Deutschland nach der Forderung auf sofortige Herabsetzung des Besatzmaterials und gleichzeitige Verabreichung der Truppenstärke verbunden seien. Er hob die Truppenstärke, die Zahlen und Daten über die Herabsetzung hervor. Wir hegen aber die Erwartung, daß die Alliierten bei den weiteren Verhandlungen Verständnis für unsere Wirtschaftslage bewiesen, daß sie uns bei Herabsetzung des Besatzmaterials aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet befähigen und daß sie andererseits auf den Abmarsch der Truppen aus der sogenannten neutralen Zone nicht bestanden, da andererseits dort Revolten, zum mindesten schwere Unruhen und Angst der leitenden industriellen Kreise unermesslich sei.

Darauf erklärte General von Seeckt ausführlich den Vorschlag wegen Auslieferung des restierenden Besatzmaterials und der allmählichen Herabsetzung der Truppenstärke. Die Verminderung der Besatzstärke sollte bis zum 1. Oktober 1920 auf 100 000, bis 1. Januar 1921 auf 80 000, bis 1. April 1921 auf 60 000, bis 1. Juli 1921 auf 40 000, schließlich bis zum 1. Oktober 1921 auf 20 000 Mann ausgeführt werden.

Lloyd George erwiderte, die eigenen Angaben des Generals zeigten, wie berechtigt die tiefe Erregung der Alliierten vor dem gegenwärtigen militärischen Zustande Deutschlands sei, da jetzt noch drei Millionen Besatzmänner im Lande vorhanden seien. Er verlange eine strenge Unterordnung bzw. Befestigung dieses Zustandes und bezweifle nicht, wie die deutsche Regierung solche unangenehmen Zustände auch nur fünf Wochen, geschweize denn 1 1/2 Jahre bei sich hielten können. Sie sollte sich eine Probe ihrer Macht zeigen. Lloyd George schloß, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien über die im einzelnen abweichenden Ziffern bezugs des Besatzmaterials, sowie über die Durchführung der Klansien wegen der Marine und Luftflotte sich sofort verständigen wollten und daß die Leiter der alliierten Delegationen mit ihren militärischen Hauptfachverständigen die Vorschläge der deutschen Regierung besprechen wollten. Morgen um 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden. Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen zu einer Sonderbesprechung zusammen. Dabei wurde über die Ziffern des Besatzmaterials ein Einverständnis erzielt.

Spa, 7. Juli. Wie das WTB von ausländischer Stelle erfährt, sind die Vorschläge, die General von Seeckt heute als Plan in der Konferenz vorgeschlagen hat, von den hier anwesenden Kabinettsmitgliedern nach langen eingehenden Beratungen einstimmig gefaßt worden.

Die Zeitungen über den 3. Tag.

Berlin, 8. Juli. Der Eindruck der Wälder vom gestrigen Tage in Spa ist überwiegend der, daß es als ein Erfolg anzusehen sei, wenn es gelang, die Verhandlungen in Gang zu halten. — Die „Voss. Zig.“ sagt, es sei anzunehmen, daß auch die weiteren Verlauf der Konferenz zu geschähen. — Im „Vorwärts“ wird hervorgehoben, daß Willard sehr optimistisch über die Ergebnisse der Konferenz deutet. Von der Regie Lloyd Georges wird gesagt, sie sei raffiniert geschickt darauf eingeeilt, vor den eigenen Wäldern den bisherigen Verlauf glanz ungetriebs zu halten. — Der „Vorwärts“ meint, das Auftreten des Reichsministers Simons habe an sich einen günstigen Eindruck gemacht. Lloyd George zeigte sich in seinen Zwischenbemerkungen wesentlich entgegenkommender als am gestrigen Tage. In englischen Kreisen in Spa seien gestern abend die Ansichten über eine Verständigung in der Entwaffnungsfrage nicht unangenehm gewesen. Daselbst wird berichtet, in Entente-Kreisen sei beachtet, daß im Anschluß an die ersten Hauptberatungen die Konferenz später nach Wien verlegt werden sollte.

WTB. Spa, 7. Juli. Wie der „Eor“ meldet, haben sich Marschall Foch und Marschall Biliouin Lehaut mit den künftigen militärischen Ereignissen an der polnischen Front beschäftigt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Polen in Spa von den Alliierten keine Unterstützung durch Entsendung von Truppen, sondern die Entsendung von Missionen und Waffen erbitten werden.

Seine in Spa.

Spa, 7. Juli. Reichsjustizminister Dr. Heine traf heute mit dem Reichsanwalt Richter hier ein, um über das Reichsgerichtsverfahren gegen die sogenannten Kriegsverbrecher vor der Konferenz Auskunft zu geben. Außerdem wird Geheimrat Schmidt vom Reichsministerium des Innern hier erwartet.

Die Kohlenlieferung.

Spa, 7. Juli. Zur Teilnahme an den Beratungen über die Kohlenfrage, die voraussichtlich alsbald beginnen werden, sind von der deutschen Regierung als Sachverständige folgende Herren dringlich nach Spa gebeten worden: Hugo Stinnes, Geheimrat Silger, Geheimrat Krabholz, Herr Kühn, der Reichs-Kohlenkommissar und Generaldirektor Kogener.

ding wird sich wie folgt zusammensetzen: Erwerbsverteilung 1, Konsumverteilung 2, Adressale 16, Sozialdemokraten 12, Linke 31, im ganzen 139. Die Konferenzminuten werden 2, die Adressale 1 und die Linke genannt 3 Seite. Die Regierungsparteien, die sich aus den Linken und den Konsumverteilern zusammensetzen, haben demnach einen Sitz gewonnen. „Politiken“ führt die geringe Beteiligung bei den Reichsgerichtswahlen darauf zurück, daß der neue Reichstag nur als vorübergehend angesehen werde. Im Herbst schon würde unter Beteiligung der norddeutschen Bevölkerung und der vier nach dem neuen Wahlgesetz maßberechtigten Altersklassen ein neuer Reichstag gewählt werden. Erst diese Wahlen würden die Entscheidung darüber herbeiführen, welche Partei in den nächsten vier Jahren die Führung haben werde.

Rücktritt der Hertny-Regierung.

Budapest, 7. Juli. Der Reichsverweiger hat das Entlassungsgeheim der Regierung angenommen und das Ministerium mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut.

Die Stellung der ungarischen Regierung war schon seit längerer Zeit erstickt, da es ihr trotz ihrer bilateralen Autonomie nicht gelang, die verrottenen Überbleibsel in Ungarn wieder zu regeln. Mit Jubelpopularen, weißen Terror und Offiziersbegehren allein läßt sich eben auf die Dauer nicht regieren. Der Vorstoß der Obersten internationalen Liga zur Zeit dazu bei, dieses Kabinett der „starken Männer“ zu erschüttern. Jetzt, wo es gilt, wirklich zu regieren und nicht nur zu terrorisieren, ist es mit seinem Raten am Ende.

Das Trommelfeuer der Mißtraulichen.

Der Reichstag hat sich verort. Was soll er auch weiter tun. Die Reichsregierung weiß fast vollständig in Spa, um den Siegen Rede und Antwort zu geben, warum Deutschland ihre Forderungen nicht befriedigt hat, warum Deutschland auch andere Forderungen noch nicht erfüllt hat.

Aber nicht nur dort wird der Regierung dauernd ein feindseliges Mißtrauen unter die Nase gerieben. In der kurzen Zeit der Reichstagsstagung haben die Unabhängigen schon zweimal versucht, eine Mißtrauens-erklärung gegen die Regierung zustande zu bringen. Für die erste konnte man mit vielem guten Willen noch eine Spur von Logik entdecken. Für grundsätzliche Unabwägung ist es ja eine Notwendigkeit, auf ihre prinzipielle generelle Stellung hinzuweisen. Das war in diesem Falle um so notwendiger, als sie bei der Regierungsabklärung ohne Ehen erklärten, nichts tun zu wollen um die Bildung einer Reichsregierung zu verhindern. Der schlechte Eindruck, den dies gemacht hat, mußte nun wieder vermehrt werden. Bei einem großen Teile der Wähler zeigte sich nicht das nötige Verständnis für diese Zwecke, die Arbeiter schädigende, grundsätzliche Handlungsweise. Man sah es ja an dem Ausfall der Landtagswahlen in Mecklenburg und Thüringen. Deshalb also das erste Mißtrauensvotum, an dem die Unabhängigen aber auch nicht mal drei Viertel ihrer Abgeordneten auf die Beine brachten.

Doch mit dem Essen kommt der Appetit. Diese Art und Weise, ohne sich selbst anzusehen zu müssen, vorüber in Kämpfe gegen die Reaktion zu ernten, scheint ihnen zu gefallen.

In der Reichstagsstimmung von Montag brachten sie folgende Resolution ein:

„Die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation zu Nr. 38 a bis Nr. 40 der Drucksachen bildenden Fragen über Brotverknappung und der Steigerung der Lebensmittelpreise durch den Reichsminister entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages.“

Ganz abgesehen davon, daß ein Antrag auf Erhöhung der Brotpreise dem Reichstage gar nicht vorliegt, fragt man sich, was soll die Wiederholung eines Mißtrauensvotums bezwecken. Wird einer Regierung auf diese Weise das Vertrauen entzogen und tritt sie zurück, so erklären die Unabhängigen an der Hand ihrer Grundzüge doch wieder, daß sie eine andere Regierung nicht bilden wollen. Man kann daraus ersehen, daß die „Kohlenfrage“ das Organ der Kommunisten, nicht ohne Berechtigung über die parlamentarische Tätigkeit der Unabhängigen höhnt. Denn mühen die Kommunisten zur Parlamentarisierung stehen wie sie wollen, ihre beiden Vertreter im Reichstag haben bisher ein würdigeres Verhalten an den Tag gelegt als die Unabhängigen.

Doch betrachten wir das Verhalten der Unabhängigen weiterhin nur von Zweckmäßigkeitsstandpunkte aus. Immer wieder kommt man zu der Schlussfolgerung, daß es höchst unangenehm ist. — Auch die Sozialdemokratische Partei wurde und wird in ihrer Stellung zur jetzigen Regierung von dem Gegenteil des Vertrauens zu sich bestimmt. Aber gerade in diesem Augenblick verlangen ja auch die Interessen des arbeitenden Volkes ein Zurückhalten dieser Arbeit im Hinblick auf die Verhandlungen in Spa. Dort wird jetzt darüber entschieden, ob andere Zukunft sich etwas leichter gestalten wird oder noch schwerer, aber nicht durch die Annahme irgend einer Mißtrauens-erklärung. In diesem Augenblick gehen die Interessen des gesamten Volkes und der Arbeiterschaft, auch der unabhängig geklärt, konform. Wenn der Zeitpunkt kommt, und er wird einmal kommen, an dem es dem ganzen schaffenden Volke unmöglich ist eine noch weiter abwartende Stellung einzunehmen, darüber soll man sich jetzt nicht den Kopf zerbrechen. Den soll man aber auch nicht verleben unter allen Umständen herbeiführen, wenn man nicht gewillt ist, nachher die Schlussfolgerung zu ziehen und an die Stelle des Weggedrängten zu treten.

Aber diese beantragten Mißtrauens-erklärungen haben ja gar nicht den Zweck, die bürgerliche Regierung unmöglich zu machen. Es erwünscht fallen die Unabhängigen ihre Tätigkeit gar nicht auf. Sie wollen ja gar nicht das gezeichnete Ziel erreichen, sondern sie wollen wieder bei den Wählern in empfehlende Erinnerung bringen und wenn es geht, dabei den verhassten Mehrheitssozialisten eins ansaugen. Denn es ist ja zu sehen, wenn man jede Woche einen neuen Fall konstatieren kann, wo diese mehrheitssozialistische Partei mit den bürgerlichen Parteien stimmt. Das ist der ganze Zweck der Übung.

Cox, demokratischer Präsidentschaftskandidat.

San Francisco, 6. Juli. Gouverneur Cox ist zum demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaft gewählt worden.

Der Aufstellung Cox ist ein schwerer Wettkampf mit seinen beiden hauptsächlichsten Mitbewerbern Mac Adoo und Palmer vorausgegangen, der über 40 Wahlgänge währte. Mac Adoo marschierte bei den ersten Abstimmungen an der Spitze, während Cox, der ursprünglich ganz im Hintertreffen stand, von Abstimmung zu Abstimmung mit seiner Stimmenzahl aufwachte und schließlich Mac Adoo überholte. Bei der 20. Abstimmung gelang es Mac Adoo noch einmal, einen wichtigen Vorsprung vor Cox zu erhalten, den er bis zum 26. Wahlgang auf 309 Stimmen gegen 377 für Cox vergrößerte. Palmer erhielt nur noch 241 Stimmen. Da immer noch kein Kandidat die absolute Mehrheit erreichte, mußten weitere Abstimmungen folgen, in denen schließlich Cox gelang hat. Das Schlüsselergebn verlief bei einer Neuermittlung folgendermaßen: Die Zahlen der 23. Abstimmung waren: Cox 518, Mac Adoo 410. Er wurde um 1 Uhr 40 Minuten morgens bei der 24. Abstimmung durch Zutritt zum Kandidaten nominiert.

Neuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 6. Juli. Da die im Reichstag im vorigen Monat angenommenen Verfassungsänderungen in Folge der Wiedervereinigung mit Schleswig erst Ende August erlangen, nachdem sie von einem neuen Reichstag angenommen worden sind, haben heute die Wahlen zum Folketing stattgefunden. Das neue Folk-

Reichswehr-Verminderung.

Von R. Höltermann, Magdeburg.

Die Noten der Entente, welche die Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann und die Auflösung der Sicherheitspolizei fordern, die Verhandlungen in Spa, die zeigen, mit welcher Hartnäckigkeit die Mächte auf dieser Forderung bestehen, beschäftigen die Presse aller Richtungen und machen der Regierung viel Sorgen.

Am einfachsten lösen die Unabhängigen und Kommunisten das Problem, indem sie kurzweg die Durchführung der Forderungen verlangen. Die Rechte ist ebenso einig in der glatten Ablehnung.

Beide „Lösungen“ sind unmöglich. Die Gründe liegen klar zu Tage. Einmal hat die Entente die Macht, die Auflösung zu erzwingen und zum anderen erscheint die glatte Auflösung der Reichswehr und Sicherheitspolizei in den selbsteigenen Kräfte ohne schwere innere Erschütterungen ausgeschlossen.

Das Weichen der in ihrem Kerne republikanisch zuverlässigen Sicherheitswehr in ihren bürgerlichen Organisationen für die deutsche Republik eine Lebensnotwendigkeit. Das muß der Entente klar gemacht werden.

Mit der Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann müssen wir uns abfinden und können es auch, ohne daß die Erhaltung des inneren Friedens Schaden leidet.

Schwierigkeiten macht nur das Problem der Unterbringung und Erstversorgung von 100 000 jungen Männern. Reichswehrminister Weiser hat auf diese Schwierigkeiten sofort hingewiesen. Er hat verhältnismäßig bald erkannt, daß die ganze Wehr- und Unterbringungsfrage in der Hauptfrage eine Erstversorgungsfrage ist. So ist auch das Wort Arthur Weisers, daß der Kapp-putsch eine Vorbereitung der Wehrreform Kadetten gewesen sei, nicht ganz unbedeutend. Weisers Verfahren, die brotlos werdenden Mannschaften durch Aufstellung zu verfolgen, sind durchaus begriffenswert.

Der preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Genosse Otto Braun hat sich energisch für diese Anordnungen eingesetzt und drastisch sehr viel getan. Zum Siebeln gehört aber Zeit und nochmals Zeit und die haben wir nicht. Außerdem ist es nicht möglich, alle Soldaten anzufassen, weil sich nicht jeder Mensch zum Siebel eignet.

Nur ein Weg: Die zu entlassenen Soldaten müssen im Wirtschaftsleben untergebracht werden. Das ist aber ohne tatkräftige Mitarbeit der Arbeiter nicht möglich, ohne die Arbeiterkraft in eine reibungslose Auflösung der überlebenden Formationen ausgeschlossen. Nicht etwa, daß nimmer die Arbeiter zur vererbten Kasse greifen müßten, um durch ein paar blaue Bohlen die Existenzfrage der Soldaten zu lösen, sondern die Arbeiter in ihrer Gesamtheit müssen sich bereit erklären, den existenzlos gewordenen Soldaten den Lebensweg im Wirtschaftsleben zu erleichtern und zu weisen.

Bisher haben die Arbeiter das Gegenteil getan und Reichswehrangehörigen die Mäxken ins Gesichtsenden geradezu unmöglich gemacht. Der Vorkriegsstand gegen Angehörige der Wehrmacht war einer der dümmsten und kurzschäftigsten Strafen der Überbrückenden. Damit haben sie sich die Selbstzerstörung zu den schmerzhaftesten Feinden gemacht und sie den Freireisenden geradezu in die Arme getrieben.

Man soll doch nie vergessen, daß die Mannschaften der Reichswehr und selbst ein großer Teil der Offiziere ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören. Ein Vorkriegsständchen dient höchstens als Zeitverwilliger, aber nicht als Lebensziel.

Alle Arbeiterpartei, Gewerkschaftsorganisationen, Betriebsräte usw. sollten als erste Maßregel zur Auflösung der Freireisenden, eine allgemeine Amnestie für die zu entlassenen Soldaten beschließen und auf ihre tatsächliche Durchführung mit aller Strenge achten. Als Gegenleistung kann von der Regierung gleichmäßig wie sie heißt, eine allgemeine politische Amnestie verlangt werden. Auf einen solchen Handel würde sicher jede Regierung gerne eingehen. Die Verfolgung von wirklichen Verbrechern dürfte dadurch natürlich nicht

berührt werden. Das Geschick der anerkannten Unten und der anerkannten Rechten über einen solchen Handel könnte als Beweis für die Nichtigkeit dieses Vorgehens dienen.

Mit der blauen Glattrichtung allein ist aber noch nicht viel getan. Das wäre nur die Voraussetzung für die Unterbringung und Erstversorgung der Opfer des Friedensvertrages.

Es ist ganz klar, daß die aufscheinend rein militärische Frage der Verminderung der Reichswehr in Wirklichkeit eine wirtschaftliche ist. Für die Lösung wirtschaftlicher Fragen hat die deutsche Republik sich aber ein Unstäterparlament in dem dieser Tage zusammengetretenen Reichswirtschaftsrat geschaffen. Die Reichsregierung sollte also dieser Veranlassung von Steuern des Wirtschaftslebens den Auftrag geben, Vorschläge über die Unterbringung der zu entlassenden 100 000 Soldaten zu machen.

Die Aufgabe ist durchaus nicht zu schwer. Als ausführende Organe stehen die Arbeitsgemeinschaften der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zur Verfügung. Dieser müßte die Aufgabe übertragen werden, in kürzester Frist alle zu entlassenden Soldaten und Offiziere im Wirtschaftsleben unterzubringen. Die Mehrzahl davon sind junge Männer ohne eigentlichen Beruf, die in einem Alter stehen, in dem sie noch einen Beruf erlernen können. Für immer kann sie die Arbeiterkraft gewinnen, wenn sie entlassen und mit Verdiensten ihnen dabei beihilft ist. Für die große Mehrzahl der Offiziere ließe sich ebenfalls eine ihren besonderen Fähigkeiten entsprechende Erstversorgung finden. Auch diesen könnten die Arbeitskräfte nicht ohne weiteres bereiten mit Heißhunger begegnen was nebenbei gesagt, der und durch ungeschicklich wäre, genau so wie der ungeschickliche Vorkriegsminister ungeschicklich gehandelt war. Am tiefsten Sinne ist die Auflösung der sozialistischen und konterrevolutionären Formationen auch eine Sozialisierungsfrage, die nur mit sozialistischen Mitteln gelöst werden kann.

Wenn es nicht anders geht, muß durch ein Zwangsgeleit die Verteilung auf die Betriebe vorgeordnet werden, ähnlich wie bei der Unterbringung der Kriegswirtschaftlichen. Die Demobilisierung des Willkommensheeres wurde im November 1918 auf diese Weise bedingt und erleichtert. Die Demobilisierung der Reichswehr nicht möglich sein!

Die Relinquierung des Wirtschaftslebens in der gegenwärtigen Krise wäre furchtbar schwer. Viel verheerender wirkt aber der kleinste Verlust. Man denke nur an die Folgen des Kapp-putsches, der mit 8000 Mann gemacht wurde und zu dessen Niederlegung ein stätiger Generalstreik notwendig war. Wir wollen dabei noch nicht den Aufwand im Ausmaß betrachten ziehen. Die reibungslose Auflösung der überlebenden Formationen ist aber eine für die Republik so wichtige und für die ruhige Weiterentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens entscheidende Frage, daß alle Verantwortlichkeiten gering erscheinen. Eine Lösung müssen wir untergebracht werden. Nicht das ganze deutsche Reich ist diese Zahl aber nicht gar zu gering.

Die Mittel der produktiven Erwerbslosensfürsorge können nirgends produktiver verwendet werden, als zur Unterbringung von Soldaten und Offizieren, die ins Wirtschaftsleben eingegliedert werden sollen. Wertvolle Dienste können dabei die wirtschaftlichen Vereinigungen der Soldaten und Offiziere leisten. Wenn die Mittel nicht ausreichen, kann das Reich eingreifen, indem es den Soldaten noch für längere Zeit — für Zeitweilen — die militärischen Gehaltsmittel weiter bezahlt. So sind diese Gelder sicher besser angewendet, als wenn noch weiteren Formationen damit unterhalten werden müßten. Die von der Regierung der Republik gar zu leicht mißbraucht werden könnten.

Ziehert den Soldaten die Grüns, besser als bisher und sie werden aus Feinden der Republik zu ihren besten Freunden. Unsere Junker und Junkerengenossen hatten besser begriffen, wie man Soldaten für sich gewinnt. Die geben ihnen auf ihren Gütern reichlich Brot und nahmen ihnen die Existenzfragen und die Soldaten waren bereit, für sie ihr Leben einzusetzen. Die Junker sind aber nicht imstande, ihre Versprechungen

einzulösen und den Soldaten eine Lebensgrundlage zu schaffen. Am 10. Juli müssen sie scheitern. Die Arbeiter können es! Trotz oder besser gerade wegen des 10. Juli.

Die Auflösungsfrage in einer für die Republik, die Arbeiterkraft, die Soldaten und für das ganze deutsche Volk gleich günstigen Weise zu lösen, wurde keine Regierung so gut imstande, wie eine Arbeiter-Regierung, die leider am Unverstand der Unabhängigen gescheitert ist. An dem Auflösungsproblem, das vielleicht das Problem der Republik und der Einheit Deutschlands ist, läßt sich die Wahrheit des Tages erweisen, daß es der sozialistischen Arbeiterkraft möglich ist, Feinde des Sozialismus zu seinen Freunden zu machen, wenn sie sozialistisch handelt.

Kein bürgerliche Regierung in Bremen.

Dant heftes mangelnde Abstimmungsprozess und als Folge eines unabhängigen Wahlzuges.

„Aus Bremen wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Seitdem am 6. Juni gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Bremer Bürgerkraft neu gewählt wurde, besteht in Bremen Regierungskrise. Die alte Koalition, also Sozialdemokratie und Demokratie, verlor in der Neuwahl die Mehrheit. Die Sozialdemokratie erklärte sich daraufhin erneut zu einer Regierung der beiden sozialistischen Parteien bereit, die auch ohne die Kommunisten einige Mandate mehr hat als alle bürgerlichen Parteien zusammen. Die Unabhängigen haben aber die rein sozialistische Regierung abgelehnt. Sie senden zwar Widerspruch in den eigenen Reihen und selbst die Bremer Kommunisten erklären die Unterbindung der rein sozialistischen Regierung, die parlamentarischen Wege zu bilden war, durch die U. S. P. als Arbeitererrat. Die U. S. P. würde in einer rein sozialistischen Regierung auf Grund des Wahlergebnisses ein starkes Übergewicht gehabt haben. Trotzdem blieben die unabhängigen Führer bei der Ablehnung der sozialistischen Regierung. Heute erklärte ihre Aussichten für zu unfavour. Der Vorsitzende der unabhängigen Bürgerkraft-Fraktion Senatstandes Dr. Albiner, bis zum November 1918 eine Spitze des bremischen Vorkriegs-Regiments, erklärte die gegenwärtige Reichsversammlung und die ebenso demütigende neue bremische Verfassung für „zu große Hindernisse des revolutionären Wirkens“ in einer sozialistischen Regierung. Die Unabhängigen haben eben in Wirklichkeit noch eine zu lebhafte Erinnerung an den Kaiserreich ihrer Reformkonstitution in der bremischen Arbeiterrepublik der ersten Reformmonate, die bereits vor dem unglücklichen Einmarsch der Reichstruppen zu einem vollständigen Chaos geworden war.

Da unsere Partei mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen wollte, blieb nichts anderes übrig, als den bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung zu überlassen. Volkspartei und Demokraten, die zusammen etwa 50 von 120 Bürgerkraftstimmen haben, werden einen rein bürgerlichen Geschäftsführer bilden. Der Sozialdemokratie, die das Ziel hat, an der Spitze zu sein, wird die Aufgabe zugefallen, im Senat Präzidenten der Arbeiterkraft und einen Abbau der Fortschrittler seit dem November fernzuführen. Ihre Wirksamkeit ist aber dadurch gekürzt, daß auf Grund des „Siegess“ der Unabhängigen ein besserer Senat nicht gebildet werden kann. Irrendeine Regierung muß aber zur Erledigung des Staatshaushalts und der dringenden staatlichen und kommunalen Aufgaben gebildet werden.

Sind diese dringenden Aufgaben erledigt, so dürfte sich die Regierung der bürgerlichen Mehrheit kaum mehr halten und Neuwahlen rufen daher bereits wieder in nächste Nähe. Schon heute kann gesagt werden, daß dann die U. S. P. die Leitung für sich vorbehalten bekommen wird, das trotz sozialistischer Mehrheit einer rein bürgerlichen Regierung unter völksparteilicher Führung in den Sattel holt.

Kein Generalstreik wegen des Lohnabzuges.

Magdeburg, 7. Juli. Die Pressestelle des Oberpräsidenten meldet: Am Gegenfalls zu dem gestern in Halle gehaltenen Beschluß der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der U. S. P., wegen des Steuerabzuges

Auf dem Reichsforst Hofe ging es recht lebhaft zu. Gegenüber auf der Rückseite vor dem Zinnenwäldchen trachten Vögel, Vögelchen wurden im Hofe abgetrennt, es herrschte lauter Lärm, Hochgeistes war im Hause.

Nachdem die alte Reichsforst Hofe gelassen war, redete alles auf den Bauer ein und stellte ihm vor, wie er es nun hoch halten sollte. Die alte Reichsforst Hofe war ein weisses, das mit der Wirtschaft nicht zurückginge, sollte er sie doch in beiseiten seinem Reichsforst übergeben und den heiraten lassen, wenn es nicht anders wäre, in Gottes Namen die Weiser Feserl, die werde sich ja auch anders anlassen, wenn man ein Einsehen mit ihr hat, und jung werden wir alle, mein Himmel, das gibt sich mit der Zeit! Allerdings, das Junges pflegt sich mit der Zeit zu geben. Der Alte wollte auch wieder etwas „Weiberchafis“ auf dem Hofe haben, es war recht sinnlich, daß er dabei an die Magdalenen dachte und sich die Weiser Feserl aufreden ließ, aber es waren ihrer so viele, die da zueredeten und ihn ganz verzerrt machten, so daß es eines Tages ja sagte; die alte Per, der Feserl ihre Mutter, war ja mittlerweile gestorben, und die hatte er am meisten gefährdet. So frigten sich denn der Reichsforst und die Feserl, und heute hielten sie hochzeit.

Nur war kein Verlobtes bei der Feier, der Onkel Schulmeister war gestorben, die Magdalenen — schloßte man vor — war zu weit weg, die sie einladen zu können, und die Schwester Elisabeth war weggefahren; die war mit der neuen Beschäftigung gar nicht einverstanden, und als ihr gegenüber der Alte entzündend meinte, daß ihm halt so viel zugeredet worden sei, und daß er hoffe, es werde wohl alles zum Guten ausgehen, da hatte sie gesagt: „Erwähnigen hätte man deine Einwilligung doch nicht können, und daß du die halt in die Verlobung lassen, das verzeiht dir mein Mann; nimmer, und ich auch nicht.“

(Nortklaus folgt.)

Reines Semillon.

Zur Eröffnung der städtischen Kammerpiele in Bad Mittelhain.

(Goethe's „Stella“.)

Am Freitag, den 9. h. Mts., abends 7 1/2 Uhr, wird das städtische Kammertheater am Sonntag, den 10. h. Mts.,

Der Schmidst.

Roman von Ludwig Angenruber.

(1. Fortsetzung.)

Im Buche zwischenthen und Herrin Vogel, ein bunter Kater gankte über den Wald, Amelien ließen eilig zwischen Wald und Steinen dahin, und keine, gemischelende Räser schaukelten sich auf den Schimen. So saßen sie eng aneinander geschmiegt, zu tiefst im Derschen betrieblig, auf einen Wunsch in der Seele und ohne einen Anspruch an diese prangende Welt.

„Sie wußten es nicht zu sagen, wie lange sie geoffen hatten, als sie sich plötzlich erhuben und zugleich sagten: 'Es ist Zeit, jetzt heißt's wieder laufen.'“

„Wüt Gott, Katar“, sagte sie.

„Er aber hielt sie an der dargeordneten Hand zurück, zog sie an sich, und seine Lippen saugten die ihren. „Wüt Gott, Kater, mein.“ Doch wies er ihr nach: „Wirst du mit hren, bald!“

„Sie nickte ihm lächelnd zu und schritt dann, ohne sich umzusehen, eilig dem Hofe auf der Halde zu.“

Eine ganz kurze Weile stand der Bauer und blidte ihr nach, dann hehrte er sich ab und nahm den entgegengesetzten Weg. Wieder umging er Hinterwald. Als er auf dem hüpfelnde einherstiebt, piff er halblaut Bändermetellen und lachte davorlachen ein über das andere Mal; das andere Mal gelach es immer, weil ihm das eine Mal das Dagen die

zum Hölzer geipsten Widen offengegeben hatte. Das Dorf im Rücken und die freie, offene Heide vor sich, begann er Tanzschritte und Schmandsprünge vor sich hin zu summen, und unter den dunklen Föhren mochte er gar einen hellen Judger. Am Fuß des ersten Zusammenstoßes mit einem Hund und piff, piff und lammte er die Sandwege eines Bierzeligen, dessen Worte ihm lange nicht befallen wollten, und als er sie endlich hatte, plagte er lachend heraus:

„Wann tun und g'schert, Und nun was ein 'g'schert! So veranßte o mein, Wüch ist selber gleich sein!“

„Es war ein Hundstich, daß er jetzt dem nachhinken mußte und nicht sofort darauf berief, aber das letztere nahm ihn nicht wunder, denn gangen Weg über forderte er kaum auf sein eigenes Wehnen, denn dessen hinter er ganz anders, und über den letzten, als er logar rasch schlüpfig zu werden.“

„Sät! sie sich mit g'schert, g'wüß doch! I mid gehen haben, daß ich ehrens ih'n Baten auffuß! Ich heb's ihr's moß anmerk, am Heben hat! I mid gleich g'radwegs von Hinterwald nach Langendorf g'fiedt. Sie kann's mit erwarten, daß mid der Alte sieht, und ich selber wär' mit wenig neugierig auf ihn. Ja, mein' liebe Leute, mit dein' Brief farlitt wohl der Kolofol' schon die Strohen voraus, den ho' ich nimmer ein; aber hirt'nach mag ich dort sein, eh' d' nur ein' Gebanten davon halt. Was? das ging wohl? Gan?“

„Es war hoch am Mittag, als er den Grasboden erreichte und mit einemmal wieder, wie aus der Erde gemach, vor den hochstehenden Rand, deren verlegene Werten ihn wohl merken ließen, daß sie sich eine Wödenheit zumut gemacht; aber er schalt nicht. „Bei, lei“ (schnell, schnell), sagte er, „tat nit laulen (den Raune nachgeben), Leut! Ich verlang' von kein' mehr, als sich'n Tag über schaffen laßt, das aber wohl. Seid nur auch billig, wie ich's bin.“

Er nahm den Großstein beiseite. „Heiner, morgen muß dich als Herrn auffußeln. Ich for' zur Eifenbahn. Trag' mit Sorg', daß Hof und Wagen rechtzeitig bereit stehn. Der alte Sopp zählt mein mehr bei der Selbarbeit und geht nit ab, mag er mitfahr'n und auf der Station warten, die ich heimfahr'.“

„Er rief sich besagnd die Hände,

Partei-Angelegenheiten.

Alle Mitglieder der Beschäftigten Arbeitskommission müssen unbedingt Sonntag nachmittag 2 Uhr im Hof...

Der Steuerabzug.

Der Reichstag hat am 6. Juli eine Abänderung der von der Nationalversammlung beschlossenen gesetzlichen Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn...

Die vorgenommene Aenderung trägt der Kritik Rechnung, die namentlich in Arbeitertreuen gegen die ursprüngliche Fassung des Gesetzes laut geworden ist...

Die vorgenommene Aenderung bedeutet also zweifellos einen Fortschritt in der Forderung zur sozialen Steuerabzugsregelung...

Dass die Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz unzufrieden waren, zeigt schon ihr gefühlsbetontes Verhalten...

In der letzten Generalversammlung erkrankte der Gen. Vilarz...

Die unfreiwillige Komit dieser Situation erreichte ihren Höhepunkt als es um die Wahl der Unabhängigen zu einer Abtötung über die einzelnen Paragraphen...

Die unzufriedenheit der Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz ist natürlich an sich selbst zu erklären...

Die unzufriedenheit der Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz ist natürlich an sich selbst zu erklären...

So etwas heißt nicht „alles durch das Volk, alles für das Volk“, sondern Politik von kleinen Kindern für kleine Kinder!

Aus dem Stadttreis.

Salle 8. Juli 1920.

Sollte das der Weg zur Vernunft sein?

Am verflochtenen Dienstag fand in Halle eine gemeinsame Versammlung der revolutionären Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder und Funktionäre...

Als Tagesordnung stand eine Besprechung über die wirtschaftliche Lage. Vor der gemeinsamen Versammlung hatten sich die rev. Vertrauensleute eine Besprechung...

Die wirtschaftliche Krise in einigen Gewerben und der 10-prozentige Steuerabzug seien ein günstiges Zeichen...

Die unzufriedenheit der Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz ist natürlich an sich selbst zu erklären...

Die unzufriedenheit der Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz ist natürlich an sich selbst zu erklären...

Die unzufriedenheit der Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz ist natürlich an sich selbst zu erklären...

Die unzufriedenheit der Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz ist natürlich an sich selbst zu erklären...

Die unzufriedenheit der Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz ist natürlich an sich selbst zu erklären...

Die unzufriedenheit der Unabhängigen mit dem Abänderungsgesetz ist natürlich an sich selbst zu erklären...

Beitrag erstattete Gen. Döls den Bericht der Preis-Kommission...

Der Bericht der Preis-Kommission über die Arbeiten der Bildungsausschüsse gab...

Die sich anschließenden Wahlen des Vorstandes und der Kommissionen brachten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Gen. Müller...

Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Halle im Jahre 1919.

Der Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen soll...

Im allgemeinen ist das Geschäftsjahr 1919 finanziell günstig gewesen als 1918, da Epidemien nicht wieder aufgetreten waren...

Die Einnahme 1919 zeigt uns folgende Beträge: Erträge aus Kapitalanlagen 35.701,93 RM...

Die Gesamteinnahme beträgt 3.839.779,53 RM, im Vorjahr 2.040.532,95 RM...

Die Ausgaben für Krankenpflege wurden 155.244,80 RM, für Krankenambulanz 126.276,09 RM...

Krankenpflege nahmen in Anspruch: Erwachsene Mitglieder 61.264 auf 100 Mitglieder 142,84...

Die Summe der Krankenpflege beträgt insgesamt 268.279,89 RM...

Im großen ganzen darf man wohl sagen, daß die Sozialversicherung im Jahre 1919 einen guten Schritt auf dem Bahn der Volkswohlfahrtseinrichtungen vorwärts gekommen ist...

Die 1. Markt-Stufe, 1. Markt-Stufe, 2. Markt-Stufe und 3. Markt-Stufe sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2. Markt-Stufe sind einzuziehen...

Die 1. Markt-Stufe, 1. Markt-Stufe, 2. Markt-Stufe und 3. Markt-Stufe sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2. Markt-Stufe sind einzuziehen...

